

Haushaltsrede 2019/2020

Fraktionsvorsitzender Linksfraktion Ludwigshafen

Dr. Liborio Ciccarello

Es gilt das gesprochene Wort!

DIE LINKE.

Haushaltsrede 2019/2020

Fraktionsvorsitzender

Dr. Liborio Ciccarello

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Liebe Ludwigshafener Mitbürger,
verehrte Frau Oberbürgermeisterin Steinruck,
werter Stadtvorstand,
liebe Stadtratskolleginnen und Stadtratskollegen,

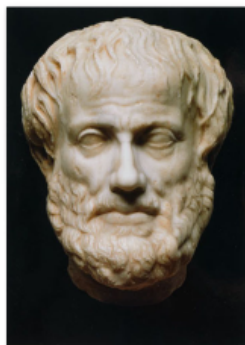
Einleitung

Welche Ziele verfolgt der aktuell eingebrachte Haushaltsplan? Als erstes Ziel hat unser Stadtkämmerer Dieter Feid in seiner letzten Haushaltsrede die Aufrechterhaltung des Stadtbetriebes erwähnt. Trotz der im aktuellen Haushaltsplan niedrig angesetzten freiwilligen Leistungen, die lediglich 7,5 % der Gesamtaufwendungen betragen, sollten sich unsere kommunalpolitischen Ziele aber keinesfalls auf die Aufrechterhaltung des Stadtbetriebes konzentrieren. Denn wir brauchen klare Zielvorstellungen, was schon Aristoteles lehrte, der beispielsweise im ersten Buch der Nikomachischen Ethik sagt: „Werden wir nicht wie Bogenschützen, wenn wir unser Ziel vor Augen haben, das Gehörige besser treffen können?“ (EN, 1094 a 23). Im Folgenden nun werde ich daher zuerst die kommunalpolitischen Ziele der Ludwigshafener Linksfraktion skizzieren, um dann vor dieser Folie den eingebrachten Haushaltsplan zu bewerten.

DIE LINKE.

Commitment & Kommunalpolitik

Aristoteles (384 v. Chr. – 322 v. Chr.)



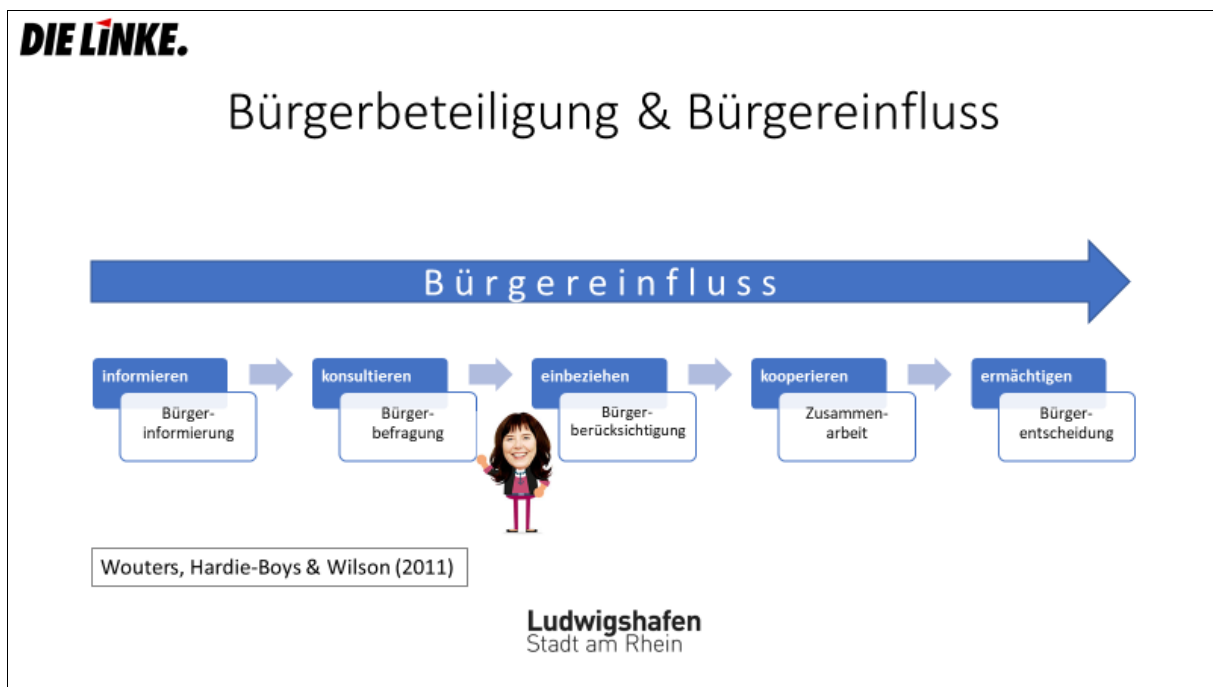
Nikomachische Ethik I, 1

„Werden wir nicht wie Bogenschützen,
wenn wir unser Ziel vor Augen haben,
das Gehörige besser treffen können?“

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Desiderat 1: Bürgerbeteiligung

DIE LINKE begrüßt ausdrücklich ein Miteinander von repräsentativer und direkter Demokratie und folglich auch die Bürgerbeteiligung. Allerdings ist Bürgerbeteiligung nicht gleich Bürgerbeteiligung.



Die Bürgerbeteiligung kann nämlich in Abhängigkeit des zugelassenen Bürgereinflusses unterschiedliche Formen annehmen: Angefangen von der Bürgerinformierung, über die Bürgerbefragung und Berücksichtigung dieser, bis hin zur Bürgermitbestimmung und dem Bürgerentscheid, all das ist Bürgerbeteiligung. Letztlich kommt es darauf an, ob die Politik das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger als Bereicherung oder Einmischung empfindet. Die Vorgängerin unserer jetzigen Oberbürgermeisterin, Frau Dr. Eva Lohse, hat das Instrument der Bürgerbeteiligung ausgiebig im Zusammenhang mit der Hochstraße Nord eingesetzt. Eine

andere Form der Bürgerbeteiligung praktiziert mit „*Hol die OB*“ unsere jetzige Oberbürgermeisterin Frau Jutta Steinruck. Eine Diskussion über die anzuwendende Bürgerbeteiligungsform in unserer Stadt Ludwigshafen hat indes weder mit noch ohne Bürgerbeteiligung stattgefunden. Das würde sicher viel Zeit und Geld kosten, aber die Mühe sicher lohnen, vor allem wenn man bedenkt, dass überall dort, wo die Bürgerinnen und Bürger über ihre Anliegen selbst entscheiden, sie auch gute Entscheidungen treffen. Die Stadt Ludwigshafen wäre gut beraten, gerade hier nicht zu sparen; vielmehr eine politische Kultur zu pflegen, die die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger wirklich ernst nimmt.

Desiderat 2: Kostenloser ÖPNV

In Ludwigshafen gibt es seit fast zwei Jahren einen sozusagen Mini-Sozialticket, darin bestehend, dass anspruchsberechtigte Mitbürger ermäßigte Fahrkarten erwerben können. Diese Form von Mini-Sozialticket ist nicht schlecht, aber nicht weitgehend genug: Eine kostenlose oder stark ermäßigte Monatskarte für unsere Mitbürger mit geringem Einkommen nämlich – wie in Heidelberg – wäre hier angebrachter, wäre ein wirkliches Sozialticket.

Wirklich ideal aber wäre ein ÖPNV zum Nulltarif oder zumindest zu einem stark ermäßigten Tarif. Beispiele hierfür gibt es sowohl im In- als auch im Ausland.

Weltweit gibt es den ÖPNV zum Nulltarif bereits in rund 75 Städten (s. Abbildung), Tendenz steigend.



Bei einem attraktiven ÖPNV-Angebot wären viele Autofahrer bereit, auf ihr Auto zu verzichten. Das würde bedeuten: Mobilität für alle mit weniger Verkehr und folglich mehr Lebensqualität. Mit Blick auf den Bau der neuen Stadtstraße wäre diese Maßnahme in der Tat eine ernst zu erwägende für unsere Stadt. Kurzum: Ein ÖPNV zum Nulltarif oder zu einem stark ermäßigten wäre nicht nur sozial, sondern auch ökologisch. Und finanzierbar wäre es zudem auch, wenn man bedenkt, dass hier den Kosten auch massive Einsparungen gegenüberstehen würden, nicht nur betreffend der Instandhaltung des Straßennetzes, sondern auch aufgrund Vermeidung von Gesundheits- und Klimafolgekosten. Daher wäre eine derartige Investition in die sozial-ökologische Mobilität Ludwigshafens ernsthaft zu prüfen.

Desiderat 3: Bezahlbarer Wohnraum

Laut dem BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung) wird Ludwigshafen in den nächsten zwölf Jahren 7200 neue Wohnungen brauchen. Beim Podiumsgespräch „*Wohnst du schon? Lebst du noch?*“, im Heinrich-Pesch-Haus, am 29. Oktober 2018, berichtete unsere Oberbürgermeisterin von den prekären Wohnverhältnissen in China, sprich, dass dort ganze Familien in Wohnungen von 15 qm hausen müssen und ältere gar in Käfigen. Dieser Verweis wird Betroffene auf Wohnungssuche, vor allem solche, die sich keine teure Wohnung leisten können, wenig trösten. Statt Resignation ist in Ludwigshafen diesbezüglich dringender Handlungsbedarf angezeigt.

Wir brauchen in Ludwigshafen bezahlbaren Wohnraum. Daher ist es gut, dass von den genannten 7200 benötigten Wohnungen 1000 die GAG schaffen will. Viel mehr aber wären erforderlich. Wünschenswert wäre daher, wenn die Stadt selbst neue Wohnungen schaffen würde, aber das wird wohl leider eine Wunschvorstellung bleiben. Und deshalb kommen wir um eine – wie auch immer geartete – Sozialquote nicht drumherum. Mit einer Sozialquote mag primär bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden, aber nicht nur. Die Sozialquote nämlich trägt wesentlich zur sozialen Durchmischung bei. Dies ist bildungssoziologisch von eminent wichtiger Bedeutung: Denn wo ein Kind aufwächst und mit wem es spielt determiniert maßgeblich, ob es den Hauptschulabschluss, die mittlere Reife oder das Abitur


macht. Ein Blick in die Bildungssoziologie zeigt uns nämlich, dass Segregation die Bildungschancen von sozioökonomisch schlechter gestellten Kindern verschlechtert, sozioökonomische Integration hingegen sie verbessert, und zwar über *Sickereffekte* wohlgemerkt: Angst vor *Annäherungseffekten* ist hier folglich fehl am Platz.

DIE LINKE.

Segregation & Bildung

- SEGREGATION →
Bildungsbenachteiligung
- INTEGRATION →
Bildungsfavorisierung

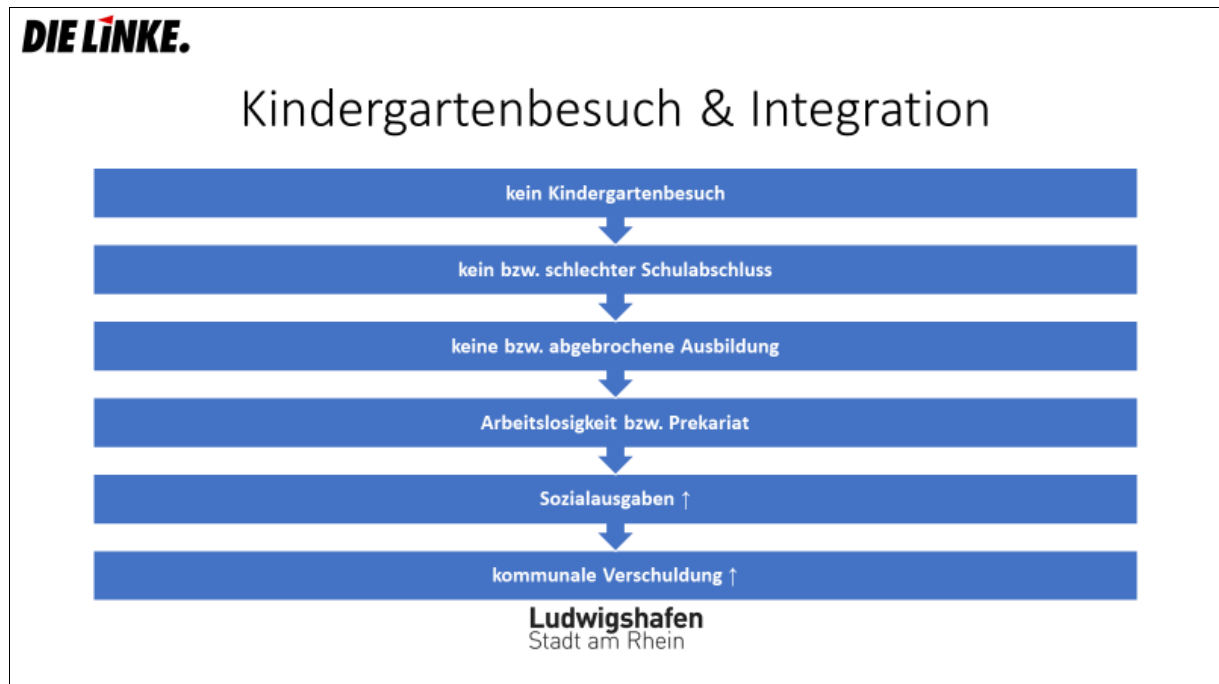
Ludwigshafen
Stadt am Rhein



Desiderat 4: Integration durch Kindergartenbesuch

Das Problem, dass in Ludwigshafen viele Kindergartenplätze fehlen, ist allseits bekannt. In diesem Zusammenhang wiederum, bereitet der Linksfraktion ein weiteres Problem Bauchschmerzen: Dass nämlich in Ludwigshafen überproportional viele Kinder mit Migrationshintergrund den Kindergarten nicht besuchen. Das dürfte weniger mit ihrem Migrantensstatus an sich zu tun haben als vielmehr mit dem sozioökonomischen Status ihres Elternhauses. Ein fehlender

Kindergartenbesuch zieht gerade bei Kindern mit Migrationshintergrund bzw. Kindern aus einem Elternhaus mit niedrigem soziökonomischen Status gravierende Folgen nach sich, die im Folgenden kurz skizziert werden sollen.

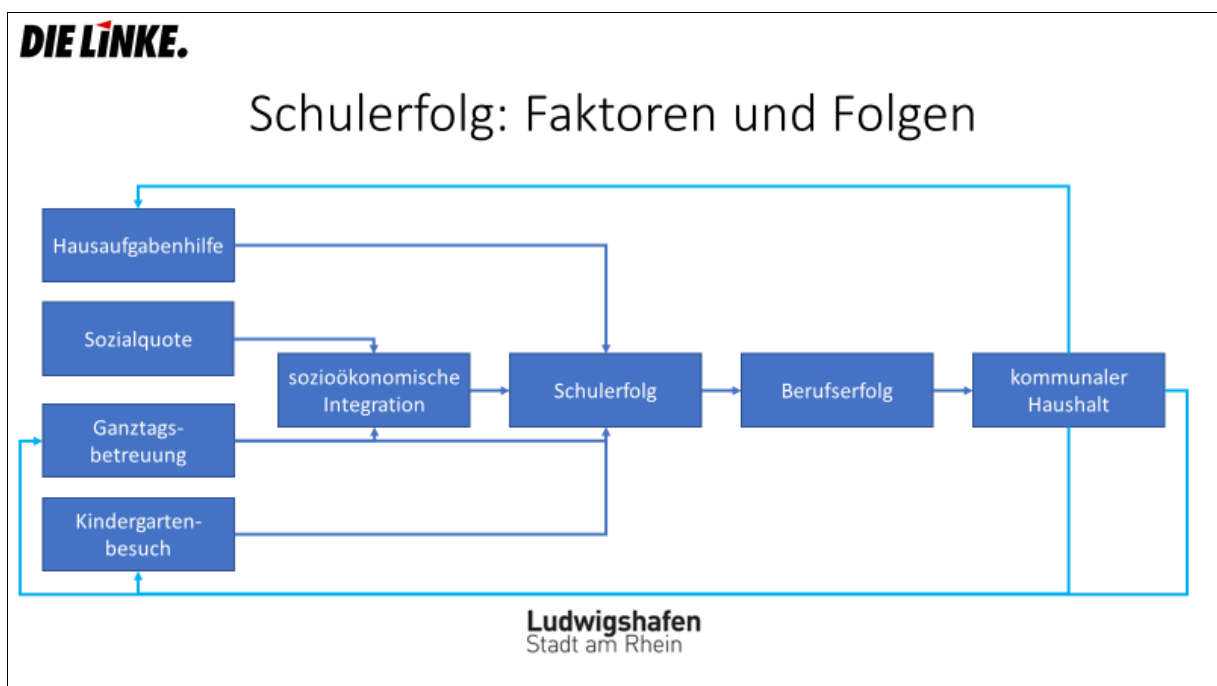


Gerade den Kindern mit Migrationshintergrund entgeht durch einen fehlenden Kindergartenbesuch eine gute Möglichkeit die deutsche Sprache zu erlernen. Und Kindern aus bildungsfernen Familien, die den Kindergarten nicht besuchen, eine günstige Möglichkeit mit Kindern aus Familien mit hoher Literalität in Kontakt zu kommen und vom Umgang mit diesen zu profitieren. Das hat natürlich unmittelbare Folgen auf den späteren Schulerfolg und wird die Wahrscheinlichkeit, keinen bzw. einen schlechten Schulabschluss zu erzielen, erhöhen, was wiederum die Wahrscheinlichkeit erhöhen wird, keine Berufsausbildung zu absolvieren. Häufige Folge hiervon: Man findet entweder gar keine Arbeitsstelle oder wenn, nur eine prekäre

Beschäftigung. In beiden Fällen ist man auf den Staat angewiesen. Im Falle Ludwigshafens heißt das letztlich mehr Sozialausgaben und folglich mehr Schulden.

Eine entsprechende Info- bzw. Werbekampagne zur Anregung des Kindergartenbesuches bei der genannten Risikogruppe wird die geschilderten, traurigen Negativkonsequenzen vielleicht nicht gänzlich wettmachen, aber bestimmt reduzieren. Das würde eine große Hilfe für die betreffenden Kinder sein, aber auch langfristig unserer Stadtkasse guttun. Schade, dass trotz bestehender Hinweise diesbezüglich bisher nichts getan worden ist. Bleibt zu hoffen, dass das sich ändert. Die Linksfraktion jedenfalls wird hierauf weiterhin aufmerksam machen.

Desiderat 5: Die Bildung macht's!



Nicht nur der Kindergartenbesuch wirkt sich positiv auf den Schulerfolg aus, sondern – wie wir bereits gesehen haben – die Einführung einer Sozialquote beim Wohnungsbau; diese allerdings nicht direkt, vielmehr über die sozioökonomische Integration von Kindern aus bildungsfernen Familien.

Direkt auf den Schulerfolg wiederum wirkt sich die Hausaufgabenhilfe aus. Das diesbezügliche Angebot hierfür fällt in Ludwigshafen ganz dürftig aus: So betrug die Qualifizierte Hausaufgabenhilfe im Schuljahr 2016/17 für gesamt Ludwigshafen insgesamt lediglich ca. 11.000 Stunden. Gerade hier aber sollte Ludwigshafen kräftig investieren und zwar im Millionenbereich. Je früher Schülern geholfen wird, desto besser. Kein Schüler sollte auf der Strecke bleiben wegen nicht erteilter Nachhilfestunden. Entsprechende Unterstützung würde sich nämlich nicht nur auf den Schulerfolg positiv auswirken, sondern – wie schon gesagt – auch auf den zukünftigen Berufserfolg. Und nebenbei bemerkt, würde sich das – wie ebenfalls schon gesagt – über eingesparte Sozialausgaben auf den kommunalen Haushalt günstig auswirken.

Im skizzierten Zusammenhang spielt auch die Ganztagesbetreuung von Grundschulkindern eine wichtige Rolle. Die Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern nämlich wirkt sich auch positiv auf den Schulerfolg dieser aus. Deshalb will die Linksfraktion, dass jedes Grundschulkind in

Ludwigshafen eine Schultagesstätte besuchen können sollte. Warum? Aufgrund der beschränkten Kapazitäten dürfen aktuell nicht alle Kinder zum Beispiel die Schultagesstätte der Brüder- Grimm-Schule besuchen: Kinder von Eltern, die arbeiten, bekommen hier unter sonst gleichen Bedingungen eher einen Platz als Kinder von arbeitssuchenden Eltern. Das führt wiederum unweigerlich zu entsprechenden Gruppenbildungen: Auf der einen Seite Kinder aus armen und häufig bildungsfernen Familien und auf der anderen Seite Kinder aus sozioökonomisch begünstigteren Familien mit häufig höherer Literalität. Während bei diesen durch die erhaltene Hausaufgabenbetreuung und weil sie von der Gruppe mitgezogen werden der Gymnasiumbesuch begünstigt wird, entfallen für Kinder von arbeitssuchenden Eltern diese Begünstigungen gänzlich. Ich konnte das selbst beobachten, weil meine beiden Töchter die Grimmburg besucht haben bzw. besuchen. Chancengleichheit sieht anders aus!

Der Schulerfolg unserer Kinder schlägt sich nicht nur positiv auf deren späteren Berufserfolg aus, sondern langfristig auch auf den kommunalen Haushalt, womit übrigens die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Förderung des Schulerfolgs refinanziert werden könnten. Ich bitte daher die Verantwortlichen an dieser Stelle dieses Konzept in ihren Überlegungen zukünftig miteinfließen zu lassen.

Desiderat 6: Kommunalfinanzen stärken!

Im Zusammenhang mit den Kommunalfinanzen begrüßt die Linksfraktion die angepeilte Anhebung des Gewerbesteuerhebesatzes von 405 auf 425 Punkte, zumal wir, seitdem wir im Stadtrat sind, schon immer für eine Erhöhung des Gewerbesteuerhebesatzes gewesen sind. Das wird uns etwas Spielraum bei den freiwilligen Ausgaben verschaffen, aber unsere finanzielle Schieflage bei weitem nicht wettmachen können. Überhaupt kann Ludwigshafen aus eigener Kraft heraus ihre Schulden nicht stemmen können. Was Ludwigshafen braucht ist Unterstützung vom Land, weil das Land für Ludwigshafen Finanzmisere auch hauptverantwortlich ist. Wieso diese Behauptung? Von zehn der meist verschuldeten Kommunen Deutschlands kommen aktuellen Zahlen der Bertelsmann-Stiftung zufolge sieben aus Rheinland-Pfalz: Das spricht klar dafür, dass für den Ludwigshafener Schuldenberg weniger der Bund als vielmehr das Land verantwortlich ist. Die Hauptursache für den finanziellen Missstand in Ludwigshafen ist im in Rheinland-Pfalz praktizierten kommunalen Finanzausgleich verortet: Die Zuweisungen des Landes nämlich orientieren sich vornehmlich an den kommunalen Einnahmen und weniger an den Ausgaben. Folglich geht hier die Stadt Ludwigshafen trotz ihrer hohen Sozialausgaben relativ leer aus, weil sie bei ihren Gewerbesteuereinnahmen gut abschneidet. Wir bräuchten in Rheinland-Pfalz daher eine Neuregelung des kommunalen Finanzausgleiches, der sich stärker als bisher am Saldo von

Einnahmen und Ausgaben orientiert. An dieser Stellschraube muss daher stärker als bisher gearbeitet werden. Und hier sollte sich primär die SPD angesprochen fühlen, zumal sie neben der Ministerpräsidentin auch die Finanzministerin stellt und beide Positionen gar seit fast drei Jahrzehnten besetzt.

Zusammenfassung: Der Kurs stimmt nicht

Mit dem angepeilten Kurs, repräsentiert durch den eingebrachten Doppelhaushaltsplan 2019/2020, wird das Schiff Ludwigshafen mit ihrem Anker weder beim für sie nötigen sozial-ökologischen Umbruch noch bei der unerlässlichen sozioökonomischen Integration je anlegen können. Gerade diese Ziele aber erachtet die Linksfraktion als besonders wichtig für Ludwigshafen: Daher werden wir den eingebrachten Doppelhaushaltsplan 2019/2020 ablehnen müssen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

DIE LINKE.

Vielen Dank
für Ihre Aufmerksamkeit!

Ludwigshafen
Stadt am Rhein

Dr. Liborio Ciccarello

Fraktionsvorsitzender

Linksfraktion Ludwigshafen